

Behörden versprechen hohe Belohnungen für Hinweise auf potentielle „Selbstverbrenner“

Die chinesische Polizei animiert die Tibeter, sie über Personen zu informieren, die vorhaben sich zu verbrennen.

Die chinesischen Behörden in der unruhigen Provinz Gansu bieten denjenigen eine großzügige Belohnung, die sie über „Planung von Selbstverbrennungsprotesten oder der Anstiftung dazu“ informieren, wobei sie sich verpflichten, die Sicherheit der Informanten zu gewährleisten.



Am 21. Oktober erschienen offizielle Aushänge auf Tibetisch und Chinesisch in der Präfektur Kanlho (chin. Gannan) in der Provinz Gansu, auf denen die Bevölkerung aufgefordert wird, der Polizei bei den Maßnahmen zur Verhütung von Selbstverbrennungen beizustehen.

Gleichzeitig wird auf den Plakaten dem im Exil lebenden spirituellen Oberhaupt Tibets, dem Dalai Lama, und seinen „separatistischen Kräften“ die Schuld an den feurigen Protesten zugeschrieben. „Die jüngsten Vorfälle von Selbstverbrennung sind ein von der Dalai Clique und den Separatisten angezetteltes politisches Komplott – in der eitlen Hoffnung, das Land spalten und die soziale Harmonie zerstören zu können“, steht auf den Plakaten.

Am Dienstag setzte sich wieder ein Tibeter in Brand und starb auf der Hauptstraße in der Stadt Labrang in Kanlho – der dritte feurige Protest seit Samstag in Gansu und der siebte in den tibetischen Regionen in knapp einem Monat. Damit beträgt nun seit Februar 2009 die Gesamtzahl der Feuerproteste gegen Pekings Herrschaft verbunden mit der Forderung nach der Rückkehr des Dalai Lama achtundfünfzig [eigentlich sechzig].

Die Polizei von Kanlho, die die Proteste auf ihrer Bekanntmachung als „Akte gegen die Menschheit und Gesellschaft, sowie gegen die chinesische Verfassung“ bezeichnet, bietet Belohnungen von 50.000 Yuan (US\$7,913) für Informationen über „die Herkunft der Anregung zu solchen Akten, deren Planung und Durchführung“.

Weiter heißt es in der Bekanntmachung, daß Hinweise über Selbstverbrennungsproteste die Behörden zu „rechtzeitigem Einschreiten“ in die Lage versetzen würden.

Jede Information, die die Polizei auf die Spur der „Planer“ der vier jüngsten Fälle von Selbstverbrennungen in Kanlho brächte, würde mit einer Summe von 20.000 Yuan (US\$3.165) entlohnt werden. Die meisten Beobachter nehmen jedoch an, daß es sich hier um voneinander unabhängige Vorkommnisse handelt.

„Die Polizei verspricht, die Informanten zu schützen und für ihre Sicherheit und die Vertraulichkeit der Mitteilungen zu sorgen, sowie die Honorierung insgeheim zu überreichen“, heißt es weiter.

„Die Selbstverbrennungen haben die soziale Harmonie und die Arbeitsabläufe im täglichen Leben der Menschen ernsthaft beeinträchtigt. Die Tibeter sollten von sich aus gegen solche illegalen Akte kämpfen“.

Indessen rief das tibetische Parlament-im-Exil Regierungen und Menschenrechtsorganisationen weltweit auf, einen „sinnvollen Druck“ auf China auszuüben, um die Krise in Tibet zu überwinden.

„Die Selbstverbrennungen der Tibeter sind die höchste Form gewaltlosen Protestes gegen die chinesische Regierung, die ihre Religionsfreiheit und Menschenrechte systematisch unterdrückt, ihre Sprache, Kultur und Umwelt vernichtet und sie durch den absichtlich herbeigeführten massiven Zustrom chinesischer Bevölkerung nach Tibet assimiliert“, heißt es in einem Statement des Parlaments vom Mittwoch.

China sollte eine unabhängige Ermittlungsdelegation und Medien nach Tibet einreisen lassen, damit sie sich vor Ort einen Eindruck über die Bedingungen in den tibetischen Gebieten verschaffen können. „Wenn die chinesische Regierung der Realität in Tibet nicht ins Auge blickt, wird sich die Lage noch weiter verschlimmern, was alleine zu ihren Lasten geht“.